

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Kubchnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im

Amtsgerichtsbezirk

Nr. 296

Samstagsausgabe
im Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang
Freitag, den 20. Dezember

Wöchentliche Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk

1918.

Das Kontowahlverfahren über den Nachlaß der am 9. Mai 1916 in Lichtenstein verstorbenen Ida Wilhelmine Eberbach geb. Metzger wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.
Lichtenstein, den 17. Dezember 1918.

Das Amtsgericht.

Fleischverkauf

Freitag, den 20. Dezember bei Gärtig, Schubert und Schramm.
160 Gramm für Erwachsene Fleisch
80 Gramm für Kinder unter 6 Jahren und Wurst.

Softwirts und Kellner nur bei Michael.

Die Fleischentnehmer bei Gärtig haben in nachstehender Nummernfolge zu kommen:

Nr. 301-350 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 351-400 vorm. 9-10 Uhr, Nr. 1-50 vorm. 10-11 Uhr, Nr. 51-100 vorm. 11-12 Uhr, Nr. 101-150 nachm. 1-2 Uhr, Nr. 151-200 nachm. 2-3 Uhr, Nr. 201-250 nachm. 3-4 Uhr, Nr. 251-300 nachm. 4-5 Uhr.

Pferdefleisch

Freitag, den 20. Dezember, 1/2 Pfd. für 90 Pfg. auf Lebensmittelkarte A.
Nr. 2401-2650 vorm. 1/9-1/10 Uhr, Nr. 2651-Schluß vorm. 1/10-1/11 Uhr, Nr. 1-300 vorm. 1/11-1/12 Uhr, Nr. 301-500 vorm. 1/12-12 Uhr.

Ordnungsbekanntmachung und Arbeiterrat für Gallenberg.

Ausgabe neuer Fleischbezugsausweise in Gallenberg

auf die Zeit vom 23. Dez. 1918 ab gegen Vorlegung der Brotmarkenbezugskarte erfolgt Freitag, den 20. Dezember.

Die Ausweise sind spätestens bis Sonnabend, den 21. Dezember, abends 6 Uhr bei demjenigen Fleischer abzugeben, von dem der Versorgungsberechtigte innerhalb der kommenden Wochen seine Fleischwaren zu beziehen wünscht. Ausgabe der Karten erfolgt auf Nr. 1-200 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 201-450 vorm. 9-10 Uhr, Nr. 451-700 vorm. 10-11 Uhr, Nr. 701-Schluß vorm. 11-12 Uhr.

Der Bürgermeister.

R.-B.-Nr.: 478. Ro.
Bezirksverband.

Kohlenbezug.

Der Morgenkernsacht in Zwickau kann bis Ende dieses Monats keine Kohlen mehr an den Versorgungsbezirk Glauchau abgeben.

Anfragen und Fahrten dorthin würden zwecklos sein.

Glauchau, am 17. Dezember 1918.

Amthauptmann Freiherr von Weld.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der Staatssekretär des Reichsschatzamt Schiffer hat bereits Mitteilung von der bevorstehenden großen Kriegsschuld gemacht. Der Ertrag dieser Ausgabe wird auf 30 bis 50 Milliarden geschätzt.

* Französische Zeitungen fordern weitere Anhebung Deutschlands nicht nur durch Besetzung der neutralen Zone nördlich Köln, sondern auch durch Besetzung der linksrheinischen Gebiete. Auch würden die Franzosen Polens Forderung auf Polen und Oberschlesien unterstützen, daß natürlich auch die tschechischen Forderungen auf alle deutsch-böhmischen Gebiete bei den Franzosen wohlwollende Förderung finden, sei nur nebenbei erwähnt.

* Die französischen Blutopfer dieses Krieges werden auf 1 800 000 geschätzt.

* Der Streik im Ruhrgebiet dehnt sich aus, die Belegschaften werden ohne ihren Willen von den Spartakusleuten zur Arbeitsniederlegung gezwungen. — Das ist die vielgepriesene Freiheit der Volksherrschaft!

* Die Vorfriedensverhandlungen sollen am 17. Januar unter Vorsitz Clemenceaus beginnen.

* Die Herren Italiener sind dagegen, daß Deutschland wieder Kolonialbesitz erhält.

* Sowjettruppen plündern deutsche Truppen aus. Die deutsche Regierung erhebt Protest dagegen. — Das wird auch viel helfen!

* Die Willkür wächst. Die A- und E-Karte Groß-Berlins greifen auch in Gerichtsverfahren ein.

* In den Berliner Betrieben von Scherl, Ullstein und Rosse ist ein Buchdruckerstreik wegen großer Lohnforderungen ausgebrochen, die betr. Zeitungen können nicht erscheinen.

* „Progrès de Lyon“ meldet aus Mex: Am Abend des 8. Dezember wurden nach der Weise des Präzidenten Boincarre etwa sechs Geschäfte geplündert. Einer Meldung des Gouverneurs von Mex zufolge sollen Deutsche (?) an den Unruhen teilgenommen haben. Sie sollen vor ein Kriegsgericht gestellt und wegen Plünderung zur Zwangsarbeit (?) verurteilt werden. — Französische Ungehörlichkeiten!

* Kriegsminister Scheidt erklärte einem Vertreter der „Nationalzeitung“ über seinen Rücktritt, daß für ihn die unaufhörlichen Verleumdungen und Herabsetzungen des Offizierkorps maßgebend waren. Mit Herrn Scheidt sei er stets gut ausgekommen. Auch hätten zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Kriegsminister niemals persönliche Differenzen bestanden.

* Die „Times“ melden aus London: Die englische Regierung verbot dem englischen Oberkommando, mit Arbeiter- und Soldatenräten oder mit den von ihnen eingesetzten Volksbeauftragten des Deutschen Reiches zu verhandeln.

Die Reichskonferenz der A- und E-Karte.

Berlin, den 18. Dezember.

Die Beratungen kamen auch heute nicht vorwärts, sie befaßten sich in der Hauptsache mit den Anträgen der Garderegimenter, wurden aber wiederholt durch erschienenen Arbeiterabordnungen, die Gehör forderten, gestört. Zum Schluß wurde über die vorletzten Anträge abgestimmt.

Ein Antrag, der bürgerlichen Presse nur 4 Prozent Verzinsung ihres Anlagekapitals, den Rest der Reichskasse zu überweisen, wird dem Volkstagsrat überwiesen. Angenommen wird ein Antrag auf Entlassung der Generalinspektion, baldige Befreiung der Kriegsgefangenen, Uebertragung der geschädigten und Exekutivgewalt auf den Rat der Volksbeauftragten bis zur Nationalversammlung. Ueberwachung des Reichs- und preussischen Kabinetts, Befehls- und Absetzungsrecht der Reichs- und Landesämter durch die Volksbeauftragten. Angenommen wird weiter ein Antrag, daß dem Volkstagsrat die Klassenlegung der Arbeiter- und Soldatenräte vorzulegen ist. Dagegen wird ein Antrag, nach welchem der Kongreß erklärt, daß die Tätigkeit der Volksbeauftragten auf eine inkonsequente Vernichtung der Macht der A- und E-Karte hinausläuft und dadurch zur Stärkung der Gegenrevolution dient, gegen etwa 20 Stimmen abgelehnt. Desgleichen Anträge, die die sofortige Aufhebung des Grenzschutzes fordern.

Ein Notsschrei des „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht über die Vorgänge auf dem Reichskongreß der A- und E-Karte in der Dienstadttagung einen Notsschrei, in dem es u. a. heißt:

So geht es nicht weiter! Das Vorgehen der äußeren Linken scheint darauf gerichtet zu sein, den Kongreß zu sprengen, weil er eine Mehrheit hat, die ihr nicht gefällt, und weil er Beschlüsse fassen könnte, die ihr nicht in den Kram passen. Es muß offen ausgesprochen werden: Es besteht heute die Gefahr, daß der ganze Regierungsapparat sich auflöst, die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen abgebrochen werden, weil eine verhandlungsfähige deutsche Regierung nicht besteht und daß ganz Deutschland von den Verhandlungsgruppen befreit wird. Nur um dies zu verhindern, halten die Sozialdemokraten in der Regierung aus. Jeder noch Denkfähige wird aber gebeten, zu überlegen, was es bedeuten würde, wenn die Sozialdemokraten angesichts der Unmöglichkeit, die Geschäfte weiterzuführen, ihre Ämter niederlegen würden! Was dann über uns hereinbricht, vermag keine Phantasie auszumalen.

Der Kongreß muß sich gegen die Wiederholung solcher Ueberreichungseffekte schützen, was vielleicht am

besten dadurch geschieht, daß das Verfügungsrecht über das ganze Haus und seine nächste Umgebung dem Präsidium übertragen wird. Es muß der Termin zu den Wahlen der Nationalversammlung in einer unbeflügelten Abstimmung festgesetzt, es muß der neue Zentralrat gewählt werden, der den Volkstagsrat zu ersetzen hat.

Wird etwa beabsichtigt, den Kongreß an der Fällung dieser wichtigen Beschlüsse nach seinem Willen zu verhindern? Die Regierung gegen den Willen des Volkes und des Kongresses zum Rücktritt zu zwingen? Es wäre Schmach und Schande, und namenloses Unglück für unser ganzes Volk, wenn das gelänge! Bräuche es über uns herein, so würden die Schuldigen vom ganzen Volk zur Verantwortung gezogen werden! Wenn ein Rest von Gewissen, ein Rest von Liebe zu unserem schwer leidenden, arbeitenden Volk in ihnen noch vorhanden ist, mögen sie die Folgen bedenken!

Die Forderungen der sächsischen Mehrheitssozialisten.

Eine außerordentliche Landeskongferenz der sächsischen Sozialdemokraten, die im Volksbause zu Dresden tagte, hat, wie das „S. T.“ berichtet, einstimmig folgenden Beschluß angenommen:

Die erweiterte Landesleitung der sozialdemokratischen Partei Sachsens, an der beteiligt sind der Landesvorstand, die Bezirksvorstände, Vertreter des Gewerkschaftsvereins, die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtages, die sozialdemokratischen Vertreter Sachsens im Reichstags und die Vertreter der 23 sächsischen Wahlkreise fordert:

1. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung sind zu beschleunigen, daß der Zusammentritt noch im Januar erfolgen kann.

2. Für Sachsen ist eine konstituierende Versammlung auf Grund allgemeiner Volkswahlen einzuberufen, und zwar mit solcher Beschleunigung, daß die Wahlen zugleich mit den Wahlen für die Nationalversammlung des Reiches vorgenommen werden können.

3. In der Einheit der deutschen Gebiete ist gegenüber den auf Loslösung und Perfidierung gerichteten Bestrebungen mit aller Entschiedenheit festzuhalten.

Entschließung des Landeskulturrates.

Im Anschluß an die diesjährige Gesamtsitzung des Landeskulturrates, die am Montag in Dresden stattfand, wurde nach lebhafter Aussprache über alle die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft beleuchtenden Fragen folgende Entschließung angenommen: Unser deutsches Vaterland ist in seinem Grundbesitz erschüttert, Not und Elend greifen unheimlich um sich. Nur die sofortige Wiederherstellung geordneter Zustände kann uns noch vor dem Untergang